

Tagesordnung:

- 1 Zwischenbericht Energie- und Klimaschutzkonzept der Initiative Bayerischer Untermain
- 2 Ländlicher Raum: Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge
- 3 Tätigkeitsbericht Otto-Ackermann-Fonds 2009 und 2010
- 4 Halbjahresbericht Controlling
- 5 Jahresabschluss 2009 des Landkreises Miltenberg;
 - a) örtliche Prüfung
 - b) Feststellung
- 6 Jahresabschluss 2009 - Verwendung des Jahresüberschusses
- 7 Rechnungsjahr 2009 - Erteilung der Entlastung
- 8 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Zwischenbericht Energie- und Klimaschutzkonzept der Initiative Bayerischer Untermain

Landrat Schwing begrüßte Herrn Michael Wedler von B.A.U.M. consult, der sodann anhand beiliegender Präsentation den Zwischenbericht zum Energie- und Klimaschutzkonzept abgab.

Landrat Schwing dankte für die große Bandbreite seiner Darstellungen. Er betonte, man habe sich entschlossen, gemeinsam mit der Region diesen Auftrag zu erteilen, daher werde man auch gefördert. Man müsse daher auch gemeinsam diskutieren und er fordere alle Kreisräte, die Möglichkeiten der Workshops wahrzunehmen und sich dort einzubringen.

Kreisrat Dr. Schüren erwähnte den problematischen Sektor Verkehr. Relativ frisch sei hier im Landkreis das Verkehrskonzept des Straßenbauamtes. Es wundere ihn aber, dass es keine Arbeitsgruppe gebe, die sich speziell mit der Verkehrsproblematik befasse. Er sei der Meinung, dass Verkehr und integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept unbedingt zusammengehören. Wenn man dies voneinander trenne oder anders behandle, halte er dies für falsch, frage aber nach den Gründen und nach möglichen Aussichten.

Herr Wedler erläuterte, man habe über die Schwerpunktthemenauswahl in der Steuerungsgruppe lange diskutiert, auch über das Thema Verkehr. Aus Sicht der Gebietskörperschaften sei hier weniger zu bewegen als in anderen Bereichen, auch aufgrund der bereits bestehenden Vorläufe, daher habe man es nicht als Schwerpunktthema aufgenommen. In der Zusammenschau des Konzeptes gebe man selbstverständlich die Ergebnisse anderer Diskussions- und Planungsprozessen mit ein, sofern sie einen Energieaspekt haben werden.

Kreisrat Dr. Fahn dankte Herrn Wedler für die umfassende Darstellung und schloss sich Kreisrat Dr. Schüren an. Man müsse einer Zunahme des Verkehrs gegensteuern, ÖPNV-Konzepte verbessern und daher den Nahverkehrsbeauftragten Herrn Betz hier auch integrieren. Es sei zu prüfen, inwieweit man zur 100% Erneuerbare Energien-Region werden könne, bezogen in erster Linie auf den Stromverbrauch. Er fragte, ob die verwendeten Zahlen noch aus Oktober 2010 stammen, denn in Bezug auf Fukushima müsse man dies eventuell noch einmal überprüfen, und wie es weitergehe. Er gehe davon aus, dass ein Gesamtbericht erstellt werde, der in die politischen Gremien komme, die dann entscheiden. Weiterhin fragte er nach der Verbindlichkeit der im Internet veröffentlichten Protokolle.

Herr Wedler erklärte zum Thema Verkehr, man werde von der Steuerungsgruppe gelenkt, diese lege die strategischen Punkte fest. Eine Beteiligungsweise sei nunmehr zu spät, aber die Frage sei sowieso, ob man zum Thema Verkehr einen Beteiligungsprozess benötige, oder ob man sich mit den bestehenden Planungen in Bezug auf Energie auseinandersetze. Dass man sich in den Foren nicht damit beschäftige, bedeute nicht, dass das Thema Verkehr nicht präsent sei.

Auf Nachfrage von Kreisrat Dr. Fahn erklärte er, die Anlagenzahl Wind habe sich vermehrt, da man eine Freigabe im Naturpark für die Planung erhalten habe.

Für Miltenberg gebe es für den Bereich der Erneuerbaren Energien und der 100%igen Versorgung im Bereich Strom sicherlich einige Optionen. Das Energiesparen allerdings sei ausgereizt, die Region stoße seines Erachtens an ihre Grenze.

Die Foren liefern die Anregungen und Feedback, die Steuerungsgruppe entscheide, ob dies in den Bericht komme und der Gesamtbericht gelange in die politischen Gremien.

Landrat Schwing wies darauf hin, man müsse aufpassen, dass man den Rahmen der Diskussion nicht überschreite, den man sich selbst gesetzt habe. Die Beauftragung von B.A.U.M. consult sei keine Beauftragung des Landkreises Miltenberg gewesen. Vor ca. zwei Jahren habe man sich in der Region für das gemeinsame Gutachten zusammengetan. Die

Stadt Aschaffenburg habe dies federführend für alle beantragt. Danach erfolgte die Streichung der Mittel, dies habe fast ein Jahr gekostet. Die Mittel seien wieder aufgelegt worden, allerdings verändert. Hier habe man immer abstimmen müssen. Wenn man etwas gemeinsam erreichen wolle, müsse man auf einen gemeinsamen Nenner kommen und alle Beteiligten in einem Konzept wiederfinden, natürlich auch den Verkehr. Das Verkehrsmodell sei parallel dazu entstanden und sei noch nicht abgeschlossen. Selbstverständlich habe sich Herr Biller hier auch mit Herrn Betz abgestimmt.

Das Ziel der 100 % Regenerativen Energien erreiche man nicht durch die einfache Feststellung dessen. Er sei natürlich auch für ehrgeizige Zielsetzung, dies ändere aber nichts an dem Ergebnis der Untersuchung oder der Methode.

Bedenken müsse man auch, man sei ein herausragender Produktionsstandort. Man habe viele Arbeitsplätze und wenige Pendler.

Auf der anderen Seite habe man im ICO ein Gaskraftwerk mit einer Effizienz von 80%. Dies sei vorbildlich.

Er hoffe auf Gemeinsamkeit in der Region und man gemeinsam an diesem Thema arbeiten könne.

Kreisrat Scherf teilte die Auffassung des Kreisrat Dr. Schüren zum Thema Verkehr, er halte hier ebensolche ehrgeizige Ziele wie beim Thema Windkraft für nötig. Dasselbe gelte für das Ziel der 100% Erneuerbare Energien. Er fragte Herrn Wedler, ob man Einfluss- oder Steuerungsmöglichkeiten habe, um die Ziele zu erreichen. Er fragte weiterhin, ob es möglich sei, Einschränkungen ist das Gutachten aufzunehmen, beispielsweise in Bezug auf Biomasse. Er stellte weiterhin die Vorgehensweise in Frage, er wünsche sich genauere Angaben zur Abwicklung; Schlussbericht, Energie- und Klimakonzept für die Region und endgültiges Konzept für den Landkreis Miltenberg und was und wie genau das Gremium beschließe.

Landrat Schwing erklärte, die Steuerungsgruppe beschließe nichts, was politisch relevant sei. Die Arbeit dieser sei lediglich Grundlage für die politischen Entscheidungen und die Form des Konzeptes. Die Kreisgremien werden diskutieren, beschließen und die eigenen Vorstellungen in ein Konzept fassen. Er hoffe, man werde so weit kommen, dass Einzelkonzepte Teil eines Gesamtkonzeptes werden, damit man es in der Region umsetzen könne, dies wäre optimal und habe viele Vorteile. Er ergänzte, er habe das Gefühl, dass momentan landesweit eine „Goldgräberstimmung“ ausgebrochen sei. In Bezug auf die Windkraft habe man aber keinerlei Steuerungsmöglichkeiten. Man benötige zumindest grobe Vorgaben von Bund und Land, um zu wissen, was in einzelnen Bereichen notwendig sei. Dies fordern auch die kommunalen Spitzenverbände.

Herr Wedler fügte zur Steuerungsfrage hinzu, dass es sich im Bereich Photovoltaik um private Flächen handele. Hier könne man nur weich steuern, indem man einige Spielregeln verfasse (er verwies auf Folie Nr. 41 seiner Präsentation).

Landrat Schwing wies darauf hin, mit dem beauftragen Gutachten wolle man eine Energiebedarfs- und Potentialanalyse durchführen lassen, daraus werden die Handlungsfelder für die Politik erstellt. Man möge dies bei der Diskussion beachten.

Kreisrat Reinhard ging darauf ein, dass das Potential der Biogas-/maseanlagen in der Region nach Angabe von Herrn Wedler erschöpft sei. Als Kommune könne man nur feststellen, wo man Windräder aufstellen könne. Die Mitwirkung sei auf diese Frage beschränkt.

Herr Wedler verwies auf den Landkreis Ebersberg, der beispielsweise ein Windgutachten beauftragt habe. Hier könne man schon steuern. Es gebe auch beispielsweise Landkreise, die die Genehmigung von Biogasanlagen mit der Kraftwärmekopplung verknüpfen. Man müsse proaktiv arbeiten, also ermöglichen und mitsteuern. Es gelte, Spielräume zu nutzen, er sehe aber auch die Vorbildfunktion für wichtig an.

Landrat Schwing wies noch einmal darauf hin, man habe wenig Steuerungsmöglichkeiten, daher müsse eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

Kreisrat Andre bemerkte, schon an der jetzigen Diskussion merke man, dass es sich um eine Herkules-Aufgabe handele. Er sehe Schwierigkeiten im Ziel von 100% und Autarkie.

Kreisrat Dr. Kaiser regte an, über Anreize zu steuern. Es sei bereits angesprochen worden, dass Investoren in der Region gesucht werden sollen. Er schlug hier vor, die heimischen Banken mit einzubringen und dies bereits jetzt voranzubringen, da die Regularien heutzutage langwierig seien.

Kreisrat Dr. Fahn ergänzte, die Fraktion Freie Wähler klebe sicher nicht unbedingt an 100%, sei aber für eine konkrete Prüfung, unter welchen Bedingungen diese erreicht werden könnten. Dies sei auch der Sinn des Antrages gewesen.

Tagesordnungspunkt 2:

Ländlicher Raum: Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge

Verwaltungsrat Rüth erläuterte:

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung startete im Mai sehr kurzfristig ein „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“. Es sieht für 2011 und die folgenden drei Jahre 6,5 Millionen Euro vor, um überörtliche Planungsträger im ländlichen Räumen dafür zu gewinnen und darin zu unterstützen, eine Regionalstrategie zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu entwickeln, die sich bereits in sieben Regionen im Rahmen der Modellvorhaben der Raumordnung bewährt hat. In besonders kritischen Bereichen, wie ärztliche Versorgung, schulische Bildung, öffentlicher Nahverkehr oder Altenpflege, wurden in diesen Regionen in einem breit angelegten diskursiven Prozess integrierte Regionalkonzepte entwickelt, nach denen anschließend gut aufeinander abgestimmte Maßnahmen zur Anpassung der einzelnen Infrastrukturen in Angriff genommen werden konnten.

Das Aktionsprogramm „regionale Daseinsvorsorge“ bildet einen der Schwerpunkte der vom Deutschen Landkreistag unterstützten „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des Bundesbauministeriums.

In einem zweistufigen Teilnahmewettbewerb wurden bis zu 50 regionale Träger ausgewählt, welche für die Erarbeitung einer „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ fachliche Unterstützung und finanzielle Zuwendung erhalten. Die bereits erfolgreich tätigen Modellregionen haben je nach Umfang der Planungen Zuwendungen bis zu 200.000 Euro erhalten. Eine der Modellregionen ist auch der Werra-Meißner-Kreis aus Hessen. Aus unserer gemeinsamen Mitarbeit im Deutschen Innovationsring für Kreisverwaltungen konnten wir einen ersten Eindruck von diesem Projekt gewinnen und haben festgestellt, dass auch für den Landkreis Miltenberg trotz bereits vorhandener Konzepte noch weitere Impulse möglich sind.

Leider waren der Start des Aktionsprogramms und auch die damit verbundene Meldefrist sehr kurzfristig. Bis zum 25. Mai musste eine Interessensbekundung an das Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung nach Berlin eingereicht werden. Die Bewerbung für die zweite Stufe des Verfahrens wurde von Seiten des Landkreises Miltenberg fristgerecht beim Bundesministerium vorgelegt. Insgesamt gingen laut BBSR 150 Beiträge ein.

Am 17.06. wurde uns mitgeteilt, dass der Landkreis Miltenberg nicht zu den 50 Bewerberregionen zählt, die für die zweite Stufe des Teilnahmewettbewerbs zum Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge ausgewählt wurden.

Der Auswahlentscheidung hat eine achtköpfige Auswahlkommission mit Vertretern des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Hochschule Neubrandenburg und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung einvernehmlich getroffen. Sie beruht einerseits auf Auswahlkriterien, die an die Interessenbekundungen in den Bereichen Ziel- und Prozessverständnis, Umsetzungschancen durch Vernetzung, Projektvorlauf und politische Unterstützung sowie Betroffenheit von demografisch bedingtem, infrastrukturellen Anpassungsbedarf in ländlichen Regionen angelegt wurden.

Andererseits sind relativierend Verteilungskriterien eingeflossen, um eine möglichst regional ausgewogene Verteilung der Bewerberregionen über alle Flächenländer zu erreichen und im Modellvorhaben vielfältige Kooperationszuschnitte und Strategieansätze abzudecken.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Tätigkeitsbericht Otto-Ackermann-Fonds 2009 und 2010

Jugendamtsleiter Winkler erläuterte den Tagesordnungspunkt anhand beiliegender Präsentation.

Kreisrat Dr. Linduschka fragte grundsätzlich an, ob man Einflussmöglichkeiten auf die Ausgestaltung bei einer Stiftung habe.

Landrat Schwing erklärte, der letzte Wille des Spenders sei entscheidend für die Stiftung. In der Regel habe man daher keine Einflussmöglichkeiten. Stiftungsrecht sei ein schwieriges Recht.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Halbjahresbericht Controlling

Frau Erfurth, Leiterin Controlling, gab ihren Halbjahresbericht anhand anliegender Präsentation.

Der Kreisausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Jahresabschluss 2009 des Landkreises Miltenberg;

a) örtliche Prüfung

b) Feststellung

Verwaltungsrat Wöber erläuterte:

- a) Der Jahresabschluss 2009 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss örtlich geprüft. Alle Ergebnisse des Jahresabschlusses sind im Prüfungsbericht vom 05.07.2011

enthalten. Den Bericht kann jedes Mitglied des Kreistages im Kreisrechnungsprüfungsamt einsehen. Auch eine Vorstellung des Berichts in den Fraktionssitzungen ist nach Terminvereinbarung möglich.

- b) Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2011 dem Kreisausschuss und dem Kreistag die Feststellung des Jahresabschlusses mit seinen Anlagen empfohlen.

Kreisrat Dr. Kaiser fragte nach der Entwicklung des Eigenkapitales.

Verwaltungsrat Wöber wies darauf hin, dass jeder Fraktion die Unterlagen zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Kreisausschuss empfahl dem Kreistag einstimmig, folgenden

B e s c h l u s s

zu fassen:

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss 2009 des Landkreises Miltenberg mit folgenden Ergebnissen gemäß Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern fest:

Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der Erträge	101.678.906,17€
Gesamtbetrag der Aufwendungen	93.228.725,42 €
Saldo der Ergebnisrechnung	+ 8.450.180,75 €

Finanzrechnung

Laufende Verwaltungstätigkeit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen	92.037.368,73 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	78.207.051,89 €
Saldo	+ 13.830.316,84 €

Investitionstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	2.329.033,19 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	12.721.164,65 €
Saldo	- 10.392.131,46 €

Finanzierungstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	3.076.986,14 €
Saldo	- 3.076.986,14 €

Liquide Mittel

21.039.625,10 €

Vermögensrechnung (Schlussbilanz)

Summe Aktiva und Passiva	160.330.417,85 €
--------------------------	------------------

In die Feststellung werden die weiteren Bestandteile des Jahresabschlusses, die Teilrechnungen und der Planvergleich, der Anhang mit Anlagen und der Rechenschaftsbericht einbezogen.

Tagesordnungspunkt 6:

Jahresabschluss 2009 - Verwendung des Jahresüberschusses

Verwaltungsrat Wöber erläuterte:

Mit dem Jahresabschluss ist über die Ergebnisverwendung zu entscheiden. Hier gibt es nach § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik zwei Möglichkeiten:

1. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage
2. Zuführung zur Ergebnisrücklage

Nur Jahresüberschüsse, die der Ergebnisrücklage zugeführt werden, stehen in späteren Jahren zur Verrechnung mit Jahresfehlbeträgen entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 3 KommHV-Doppik zur Verfügung. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt daher in Abstimmung mit der Kämmerei des Landkreises dem Kreisausschuss/Kreistag, den Jahresüberschuss der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Auf Nachfrage von Kreisrat Dr. Linduschka nach der Höhe des Jahresüberschusses erklärte Verwaltungsrat Wöber, es handele sich um den Saldo der Ergebnisrechnung.

Kreisrat Dr. Kaiser bat in solchen Fällen um vorherige Bereitstellung der Unterlagen.

Verwaltungsrat Straub und Verwaltungsrat Wöber sagten zu, die Bilanzen ins Netz zu stellen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, folgenden

B e s c h l u s s

zu fassen:

Der Kreistag beschließt, den Jahresüberschuss gem. § 24 Abs. 2 KommHV-Doppik der Ergebnisrücklage zuzuführen.

Tagesordnungspunkt 7:

Rechnungsjahr 2009 - Erteilung der Entlastung

Verwaltungsrat Wöber erläuterte:

Der Jahresabschluss 2009 wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft. Nach Art. 88 LKrO kann nach Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung des Jahresabschlusses anschließend die Entlastung erteilt werden.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 05.07.2011 beschlossen, dem Kreisausschuss und dem Kreistag zu empfehlen, für 2009 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 LkrO zu erteilen.

Der Kreisausschuss gab dem Kreistag einstimmig folgenden

E m p f e h l u n g s b e s c h l u s s :

Der Kreistag möge beschließen, für 2009 die Entlastung nach Art. 88 Abs. 3 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern zu erteilen.

Grundlage dieses Vorschlags ist der Bericht zur örtlichen Prüfung des doppelten Jahresabschlusses 2009 des Landkreises Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 8:

Anfragen

Kreisrat Dr. Linduschka dankte Landrat Schwing, der die Schirmherrschaft übernommen hatte, aber auch den Bürgermeistern und Gemeindeverwaltungen, die bei der Typisierungsaktion Christina Schorcht u.a. am Samstag, den 16. Juli 2011 in Klingenberg mitgeholfen und -gewirkt haben. 428 Menschen haben ihr Blut gespendet und seien für eine Typisierung bereit, nebenbei sind ca. 6.000 € Spenden eingegangen, um diese Typisierung durchführen zu können. Größtenteils seien es junge Leute gewesen, eine sehr positive Erfahrung.

Landrat Schwing fügte hinzu, eigentlich müsse man sich bei Kreisrat Dr. Linduschka bedanken, der die Hauptarbeit geleistet und das Ganze initiiert habe.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin